



Schule und Ausbildung

Ende des Jahres werden bei der Polizei, der Feuerwehr und dem Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) neue Personalräte gewählt. Eine Chance, die es zu nutzen gilt und bei der die Wahl auf diejenigen treffen sollte, die mit großem persönlichen Engagement für die Interessen vieler eintreten. Einige Baustellen konnten durch die erfolgreiche Arbeit bereits beseitigt werden. In den kommenden Monaten möchte die DP zeigen, welche Aufgaben noch auf uns warten und welche Wege zu einer Verbesserung führen können. Im ersten Beitrag widmen wir uns ganz dem Bereich Schule und Ausbildung.

Die Investitionen müssen Verbesserungen mit sich bringen

Fast 15 Millionen Euro sollen aus dem „Sondervermögen Infrastruktur der wachsenden Stadt“ (SIWA) in das Einsatz- und Trainingszentrum Ruhleben fließen. Das ist ein gutes Zeichen, die Investitionen sollten aber auch Sinn machen. In der Landespolizeischule herrschen nach wie vor große Platzpro-



Umbaumaßnahmen sind nicht nur äußerlich notwendig

Foto: Ronny Schmidt

bleme. In Räumen, die vorher von acht bis zehn Auszubildenden genutzt wurden, ziehen sich mittlerweile 20 Personen um und hängen dort ihre nasse Kleidung auf. Das neue Haus 27, das im Herbst fertig sein soll, könnte Abhilfe schaffen, wird aber vermutlich nur mit Klassenräumen bestückt. Hier werden die GdP-Vertreter der Jugend- und Auszubildendenvertretung in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Perso-



Die Landespolizeischule in Ruhleben

Foto: Ronny Schmidt

nalrat auch zukünftig den Finger in die Wunde legen, auf erträgliche Lösungen hinarbeiten und sich mit vollem Elan für Verbesserungen einsetzen.

Der Schule stehen nachhaltige Veränderungen bevor

Durch die Umstrukturierung PG EES II und der damit verbundenen Veralterung der Landespolizeischule wird es zu diversen Veränderungen in der Ausbildung kommen. Die Institution heißt künftig Polizeiakademie Berlin. Bei einer Namensänderung wird es nicht bleiben, auch inhaltlich und strukturell wird sich einiges verändern. Es wird Aufgabe der GdP sein,

diglernen bekommen. Infrastrukturell gesehen ist ein weiterer Standort der Polizeibibliothek in Ruhleben geplant. Zudem muss bei den maroden Sanitäreinrichtungen in den Räumlichkeiten der Ausbildung nachjustiert werden, wie in der letzten Jugend- und Auszubildenden-Versammlung 2015 anhand von Bildern mehr als deutlich aufgezeigt wurde.

Problembereich HWR

Für die Anwärter des gehobenen Dienstes an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) liegen die Problemschwerpunkte ganz klar auf einer nicht vorhandenen Sporthalle und dem kaum erreichbaren Geschäftszimmer. Es ist ein nicht akzeptabler Umstand, Studierenden weiterhin zuzumuten, dass sie für den Sportunterricht jedes Mal von Alt-Friedrichsfelde bis nach Ruhleben fahren müssen, weil es keine näher gelegene Sporthalle gibt, die genutzt werden kann. Die personellen Engpässe im Geschäftszimmer führen dazu, dass sich immer weniger Studierende in den Pausen mit ihrem Anliegen an die Verantwortlichen wenden können. Hier scheint sich derzeit etwas zu bewegen, denn mittlerweile gibt es ein Interessenbekundungsverfahren für neue Personalstellen des Geschäftszimmers. Ab Mitte Mai 2016 soll es an den drei Standorten HWR, Ruhleben und Radelandstraße ein Geschäftszimmer geben, in dem dann jeweils ein/e Geschäftsführer/-in und zwei Mitarbeiter/-innen beschäftigt sind.

Ronny Schmidt





Liebe Leser,

in Berlin warten wir seit einem Jahr auf einen Bodycam-Probe-lauf. Wenn über 7000 Angriffe auf Polizisten und 2658 verletzte Kolleginnen und Kollegen dafür kein Grund sind, werden wir mal wieder die letzten in Deutschland sein, die moderne Technik zum Schutz für Polizisten einsetzen.

Es ist nur eines der interessanten Themen dieser Ausgabe, in der Ihr unser neues DP-Layout genießen könnt. In den kommenden Monaten wagen wir auch einen politischen Ausblick und schauen, welcher Politiker glaubwürdig, ernsthaft und nachhaltig für unsere Interessen eintritt. Wer kann effiziente Entscheidungen treffen, wenn er dann in der Regierungsverantwortung ist? Ihr seid herzlich dazu eingeladen, Euch durch unsere Interviews eine eigene Meinung zu bilden

**Viel Spaß beim Lesen,
Eure Kerstin Philipp**



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Berlin**
Internet: www.gdp-berlin.de
E-Mail: GdP.Landesbezirk@gdp-berlin@gdp-online.de

Geschäftsstelle:
Kurfürstenstraße 112
10787 Berlin
Telefon (0 30) 21 00 04-0
Telefax (0 30) 21 00 04-29

Konten:
Postbank Berlin
Konto-Nr. 268 38-109 (BZL 100 100 10)
SEBAG
Nr. 1 045 414 000 (BLZ 100 101 11)

Redaktion:
Michael Laube (V.i.S.d.P.)
Handy-Nr. 01 72/7 51 38 22
E-Mail: laube@gdp-berlin.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6411

AUS DEN DIREKTIONEN

LKA und FA Krimbek neu aufgestellt

Die Delegierten der Bezirksgruppe LKA haben einen neuen Vorstand gewählt. Neuer Bezirksgruppenvorsitzender ist Olaf Winkler, der einstimmig gewählt wurde und dieses Amt bereits in der Direktion 3 ausfüllte. Als Stellvertreter fungieren Thomas Spaniel, Viviane Sehmke, Frank Sellert und Norbert Cioma.

Auch der Fachausschuss Kriminalitätsbekämpfung (FA Krimbek) wurde umstrukturiert. Thomas Spaniel übernahm die Rolle als Vorsitzender. Stellvertreter ist Olaf Winkler, stellvertretende Schriftführerin Viviane Sehmke. Der bisherige Vorsitzende Norbert Cioma bleibt dem Fachausschuss als zweiter stellvertretender Schriftführer erhalten. Kollege Olaf Meeuwßen geht in

Pension und verlässt den FA, der ihm für seine Treue und das jahrelange Engagement danken möchte sowie alles Gute für die Zukunft als Pensionär wünscht.

Die zwei richtungsweisenden Umstrukturierungen sollen verhindern, dass es weiterhin zur arbeitshindernden Ämterhäufung bei einzelnen Personen kommt. Von der Verteilung auf mehrere Schultern wird sich ein produktiver Aufschwung erhofft. In den nächsten Monaten möchte das Team Infonachmittage veranstalten und eine Liste mit fachkundigen Ansprechpartnern zu verschiedenen Kriminalitätsbereichen entwickeln. Hierfür hofft man auf tatkräftige Unterstützung der einzelnen Bezirksgruppen.



Bezirksgruppe LKA von links:
Norbert Cioma,
Frank Sellert,
Viviane Sehmke,
Thomas Spaniel
und Olaf Winkler

Foto:

Norbert Cioma

Dank GdP in den Winterurlaub

Seit Jahren fährt eine Feuerwehrgruppe um Joachim Nölke in den Winterurlaub. In diesem Jahr gab es ein Problem, das passende Mobil fehlte. Fünf Kollegen meldeten sich für den Trip, zu viel für ein Fahrzeug, bei Be-

achtung der Spritkosten aber zu wenig für zwei. Dank der GdP Service GmbH fiel die Tour nicht ins Wasser. Die Truppe mietete sich für eine Woche den neuen GdP-Kleinbus und rollte preiswert in den Winterspaß.



Das Großraumwunder auch für Reiselustige:
Der neue Scudo der GdP im Ferieneinsatz.

Foto:

Joachim Nölke



THEMA DES MONATS

Halt! Polizei! Wir filmen!

Zwei Beamte der Bundespolizei stehen an einer Rolltreppe des Berliner Hauptbahnhofs. Im Gegensatz zu ihren Kollegen der Berliner Polizei verfügen sie über ein neues Einsatzmittel, dass die Bundespolizei nun erproben wird – Mobile Video-Überwachungssysteme, kurz Bodycams.

Während sich Fotografen und Journalisten bei der Präsentation der Reveal RS2-X2L und der ZEPCAM T1 XT an die Fersen der beiden hängen und ihnen durch das Bahnhofsgewühl folgen, rauscht draußen ein Funkwagen des A33 zu einem Einsatz. In einem Café soll es zu Streitigkeiten gekommen sein. Ein Einsatz, der automatisch zu erhöhter Wachsamkeit animiert, denn gerade hierbei werden viele Beamte verletzt. Allein im vergangenen Jahr wurden 7060 Berliner Polizisten während des Dienstes Opfer einer Straftat. Meist handelte es sich dabei um Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (§ 113 StGB) und einfache vorsätzliche Körperverletzung (§ 223 StGB), doch auch gefährliche und schwere Körperverletzungen (§ 224/§ 226 StGB) nehmen zu. Das Aggressionspotenzial gegenüber Polizeidienstkräften steigt spürbar.

Frankfurter Pilotprojekt zeigt die positive Wirkung

Anders als die Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei müssen die Ordnungshüter der Hauptstadt weiter auf eine konkrete Initiative des Innenministers und des Polizeipräsidenten warten, die den Schutz durch Bodycams in Aussicht stellt. Die Skepsis gegenüber Bodycams ist groß, offiziell aus Datenschutzgründen und mangelnder Rechtsgrundlage. Bei zurechtgeschnittenen Handyvideos zur Dokumentation vermeintlicher Polizeigewalt scheint das keine Rolle zu spielen. Grünen-Innenpolitiker Benedikt Lux hat bereits Anfang des vergangenen Jahres dazu angeregt, sich in einer öffentlichen Debatte mit dem Thema auseinanderzusetzen, Für und Wider zu untersuchen.

Beim Präsentations-Presstetermin der Bundespolizei Mitte Februar spielte sich dann vor allem Populist Christopher Lauer in den Vordergrund. Bodycams würden zu einer bürgerfernen Polizei führen, positive Effekte stark zu hinterfragen. Ohnehin würde der Ge-



Beamte der Bundespolizei präsentieren im Hauptbahnhof zwei Bodycams, mit denen ab sofort die präventive Wirkung der Videoaufzeichnung erprobt werden soll.

Foto:
Benjamin Jendro

filmte gar nicht merken, wenn man ihn aufnimmt. Seine Aussagen stehen beispielhaft für das mangelnde Fachwissen im Bereich Bodycam.

Im Frankfurter Stadtteil Alt-Sachsenhausen kommen Bodycams bereits seit Mai 2013 zum Einsatz. Mit Erfolg: Binnen eines Jahres konnte die Polizei Frankfurt/Main einen Rückgang von 37,5 Prozent bei Widerstandsdelikten feststellen. Außerdem vernehmen die Polizeidienstkräfte eine verminderte Aggressivität, eine gesteigerte Kooperationsbereitschaft in Kontrollsituationen, den völligen Rückgang von Solidarisierungsiniciativen unbeteiligter Dritter sowie den Rückzug potentieller Störer. Neben den Beamten haben sich auch die Bürger positiv über die Verwendung von Bodycams geäußert, das subjektive Sicherheitsgefühl wurde deutlich gestärkt.

Wissenswertes über Bodycams

Die bisherigen Bodycams kosten 1000 bis 2000 Euro, wiegen etwa 800 Gramm und können am Oberkörper angebracht werden. Ein Polizist mit Videoüberwachung muss optisch als solcher zu erkennen sein. Die Aufzeichnung muss angesagt und mit einem Lämpchen signalisiert werden. Verschlüsselte Speicherkarten sowie eine Inbetriebnahme mit Login sollen Missbrauch vorbeugen. Nur autorisierte Administratoren dürfen die Aufnahmen auslesen.

Bei jedem Einsatz können Polizisten verletzt werden

In Berlin ist die Situation freilich anders. Während in Versammlungslagen der Einsatz von Videoaufnahmen nach § 12 a VersG (Versammlungsgesetz) bereits statthaft ist, dürfen die Kolleginnen und Kollegen im täglichen Streifendienst lediglich den öffentlichen Verkehrsraum aus Dienstfahrzeugen heraus filmen. Dieses Mittel einer Kamera im Funkwagen (gemäß § 19 a ASOG) hat sich kaum bewährt, da der gefilmte Raum zu statisch ist. Außerdem müsste man im Fall eines Angriffs, beispielsweise im Rahmen einer zunächst harmlos wirkenden Verkehrskontrolle, erst zurück zum Wagen gelangen, um den Auslöser der Kamera zu betätigen.

Mittlerweile ist der Funkwagen des A33 im Café eingetroffen. Ein Streit zwischen einem Pärchen sorgt für Aufsehen. Keiner weiß, wie die Beteiligten reagieren, wenn man dazwischengeht. Die Situation ist angespannt. Oftmals sind es genau diese Einsätze, bei denen Beamte verletzt werden. Einsätze, die zunächst ungefährlich aussehen.

Auch in diesem Fall wissen die Polizisten nicht, ob man sie attackiert, weil sie ihren Job ausüben. Heute gelingt es ihnen ohne Probleme, die beiden zu trennen und zu beruhigen. Letztlich ein harmloser Einsatz, der auch anders hätte ausgehen können.



Alltagskriminalität in den Griff bekommen

Im September wählen die Berliner einen neuen Senat. Grund für uns, einzelnen Kandidaten auf den Zahn zu fühlen. Ab sofort werden sich in der DP Innenpolitiker zu den Themenbereichen Polizei, Feuerwehr und LABO äußern. Den Anfang macht der SPD-Landesvorsitzende Dr. Jan Stöß. Der 42-Jährige ist von Beruf Verwaltungsrichter und lebt mit seinem Partner in Schöneberg. Er hat sich die Bekämpfung der Alltagskriminalität auf die Agenda geschrieben.



Dr. Jan Stöß

Foto: SPD

DP: Herr Stöß, was denken Sie, wenn Sie die Berliner Sicherheitsbehörden vor Augen haben?

Stöß: Berlin steht mit Blick auf die Qualifikation, das Engagement und vor allem auch die Identifikation mit dem Job bei der Polizei, der Feuerwehr und beim LABO sehr gut da. Es ist aber auch klar, dass wir wieder mehr Personal brauchen, um die Aufgaben der wachsenden Stadt zu bewältigen.

„Pro 10 000 neue Bürger auch 100 neue Polizisten“

DP: Personal, das unter Rot-Rot massiv gekürzt wurde ...

Stöß: Diese Konsolidierungsphase war nötig und erfolgreich. Berlin hätte sonst aufgrund seiner hohen Verschuldung jeglichen finanziellen Handlungsspielraum verloren. Wir haben jetzt endlich wieder ausgeglichene Haushalte und sogar Haushaltsüberschüsse erzielt. Diese Spielräume nutzen wir. Als SPD

haben wir einen konkreten Pfad ins Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl geschrieben: Wir wollen pro 10 000 neue Bürger in der Stadt 100 neue Polizisten einstellen.

DP: Wann hat Herr Stöß das letzte Mal ein Bürgeramt aufsuchen müssen?

Stöß: Die Verlängerung meines Ausweises ist jetzt zwei Jahre her, aber ich kenne die Probleme als Bezirksstadtrat aus der letzten Wahlperiode durchaus gut. Die Kolleginnen und Kollegen müssen täglich bis an die Belastungsgrenze und darüber hinaus gehen. Deshalb ist es richtig, hier einen Schwerpunkt bei Neueinstellungen zu setzen. Es darf nicht sein, dass die Verwaltung dort, wo der engste Kontakt zum Bürger besteht, am schlechtesten aufgestellt ist.

„Schlussendlich müssen Familien mehr gemeinsame Zeit haben“

DP: Was muss sich schnell ändern, um bei Polizei, Feuerwehr und LABO für bessere Arbeitsbedingungen zu sorgen?

Stöß: Grundsätzlich müssen wir alle Bereiche mit mehr und neuem Personal verstärken. Außerdem stellen wir schon im laufenden Doppelhaushalt mehr Geld für bessere Ausrüstung und die Ausbildung bereit. Ein Problem ist auch die Bugwelle an Überstunden, das müssen wir schnell lösen. Dass wir das geschützte Wochenende nicht verlässlich gewährleisten können, ist nicht akzeptabel. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist wichtig. Wir setzen uns für den Kitausbau und Ganztagsbetreuung ein. Schlussendlich müssen Familien mehr gemeinsame Zeit haben.

DP: Sie sprechen über Ausbildung. Gerade das Schießtraining ist ein Problembereich ...

Stöß: Wenn nur sieben der 20 Einrichtungen nutzbar sind, ist das nicht in Ordnung. Simulationsübungen können Schießtraining nicht ersetzen. Der Dienstherr muss es gewährleisten und hat hier genauso wie auch bei der Ausrüstung und Ausstattung eine Fürsorgepflicht. Falls etwas passiert, müssen die Beamtinnen und Beamten sich darauf verlassen können, dass sie die notwendige Unterstützung erhalten.

„Form von Hobby-Guerilla“

DP: Zumal die Probleme der Inneren Sicherheit nicht kleiner werden ...

Stöß: So sieht es aus. Die größte Bedrohung der öffentlichen Sicherheit geht derzeit vom dschihadistischen Terrorismus aus. Zudem müssen wir die Strukturen der organisierten Kriminalität zerschlagen. Mich persönlich beschäftigt aber auch die Sicherheit im öffentlichen Raum, da darf nicht das Recht des Stärkeren gelten. Die Formen der Alltagskriminalität bekommen viele Berliner zu spüren. Es bedarf eines neuen Ansatzes, um hier auf den Straßen und Plätzen, aber auch in der U- und S-Bahn ein realistisches Sicherheitsgefühl zu gewährleisten. Es ist auch ein Kernanliegen, gegen die zunehmende Gewaltbereitschaft von Rechts vorzugehen. Wir haben Strukturen, in denen weder vor Brandstiftung noch vor Angriffen auf Personen zurückgeschreckt wird. In einigen Kiezen haben die Leute auch von einer vermeintlich linken Hobby-Guerilla gründlich die Nase voll. Kurzum: es gibt viel zu tun.

DP: Sie sprechen die linke Szene an. Meinen Sie, die wird „groß geredet“?

Stöß: Das Problem linksautonomer Gewalt hatten wir unter Erhard Köting schon weitgehend bewältigt, durch eine kluge Strategie der Deeskalation. Dass diese Szene sich jetzt wieder derart aufspult, ist eine Fehlentwicklung. Ich will es ganz klar sagen: Es ist absolut inakzeptabel, wenn von den Oppositionsparteien und in einigen Medien verharmlost wird, dass ein Polizist in der Rigaer Straße am helllichten Tag von mehreren Personen angegriffen und verletzt wird. Wir müssen insgesamt wieder zu einem Ansatz der Deeskalation kommen, punktuelle Großeinsätze ersetzen keine Strategie.

DP: Auch beim Fall Lisa gab es viel Kritik. Fehlt in der Bevölkerung das Vertrauen in die Polizei?

Stöß: Nein, in allen Umfragen wird die Polizei sehr geschätzt, steht sehr viel besser da als beispielsweise Politiker. Gerade im „Fall Lisa“ hat die Polizei sehr umsichtig agiert, sich von keiner Medienhysterie anstecken lassen und die Persönlichkeitsrechte des Mädchens geschützt.



MEINE IDEEN FÜR BERLINS ZUKUNFT

Wir brauchen junge Leute

Florian Graf (42) ist Fraktionsvorsitzender der CDU Berlin, verheiratet und Vater zweier Kinder. Im Wahlkampf plädiert er für mehr Schutz von Polizisten, infrastrukturelle Verbesserungen und bessere Anreize für junge Leute.

DP: Herr Graf, wie bewerten Sie den Ist-Stand bei Polizei und Feuerwehr?

Graf: Beide Bereiche leisten tolle Arbeit, sind aber definitiv unterbesetzt. Das sind die Folgen einer Kahlschlagpolitik unter Rot-Rot. Berlin wächst, das stellt insbesondere Polizei und Feuerwehr vor enorme Herausforderungen. Wir müssen dem entgegenreten und schleunigst mehr Personal einstellen. Erste Schritte wurden bereits unternommen, 1000 neue Stellen geschaffen. Diesen Weg müssen wir ohne Wenn und Aber weitergehen.

DP: Auch an den Bürgerämtern ist der Personalmangel zu spüren ...

Graf: Dieser Zustand ist absolut inakzeptabel. Hier müssen wir Rückstände abarbeiten, ein zentrales Bürgeramt für häufig erfragte Angelegenheiten schaffen und Organisationsstrukturen hinterfragen. Wir brauchen mehr Personal. Doch es ist auch wichtig, dass die Bezirke die Stellen rasch besetzen. Immerhin haben wir 130 Stellen mehr als vor zwei Jahren. Wir müssen hier schnell die Kurve bekommen, die Bürgerämter sollten die Visitenkarte der Verwaltung darstellen.

„Attacken auf Polizisten müssen als Straftat definiert werden“

DP: An welchen Schrauben würden Sie neben der Personal-Erhöhung drehen, um den Polizeidienst zu verbessern?

Graf: Bodycams sind eine positive Sache, die viel zur Prävention und Aufklärung beitragen kann. Wir sind bereit, die notwendige Rechtsgrundlage zu schaffen. Diese bedarf es auch endlich, um Polizisten vor Gewalt zu schützen. Attacken auf Polizisten müssen als Straftatbestand definiert werden. Dazu formiert sich in einigen Bundesländern bereits eine breite Initiative der CDU, auch in Berlin. Außerdem kann es nicht sein, dass sich die Beamten bei einem Einsatz Gedanken darüber machen müssen, wie der Anwalt bezahlt wird, wenn Straftäter Anzeigen stellen. Der Rechtsschutz der Beamten muss über die Behörde gesichert sein.



Florian Graf

Foto: CDU

„Zu einer modernen Polizei gehört eine moderne Infrastruktur“

DP: Ein großes Problem sind auch die Schießstände. Welche Rolle spielt die Infrastruktur in Ihren Plänen?

Graf: Eine sehr wichtige. Wir haben im Rahmen des Sonderprogramms SIWA eine Weichenstellung vorgenommen. Allein knapp 15 Millionen sind in das Einsatz- und Trainingszentrum Ruhleben gegangen, fünf weitere für die Schießstände eingeplant. Wir müssen die intakte Ausbildung und regelmäßiges Schießtraining gewährleisten können. Zu einer modernen Polizei gehört eine moderne Infrastruktur. Das gilt für die Feuerwehr genauso. Wir brauchen mehr RTW-Standorte, müssen funktionsfähiger bauen.

DP: Wo sehen Sie derzeit die größten Probleme der inneren Sicherheit?

Graf: Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus stellt uns vor eine große Aufgabe. Doch wir sollten auch das Erstarken der linksextremen Gewalt im Blick haben. Wir müssen hier wie auch beim weiteren Kampf gegen die organisierte Kriminalität von arabischen Großfamilien und Rockerbanden entschlossen auftreten und den eingeschlagenen Weg des Ausbaus der Staatsanwaltschaften fortsetzen.

DP: Bleiben wir mal beim Thema der linken Gewalt! Der Einsatz in der Rigaer Straße Mitte Januar wurde vielfach kritisiert. Der Fall Lisa, Aufschrei wegen Polizeigewalt. Hat die Polizei ein Vertrauensproblem?



Graf: Der Einsatz in der Rigaer war richtig und angemessen. Wir können keine rechtsfreien Räume zulassen. Die Polizei genießt mein vollstes Vertrauen und ich denke, dass es auch in großen Teilen der Bevölkerung so ist. Es ist wichtig, mehr Personal einzustellen, um mehr Präsenz zu ermöglichen und Vertrauen zu schaffen. Sicherheit ist die Grundlage für Freiheit.

„Ausbildungskapazitäten hochfahren und Perspektiven aufbauen“

DP: Viele Einsätze, miese Besoldung, kaum Karrierechancen – Mit welchen Argumenten kann Berlin neue Kräfte für Polizei und Feuerwehr gewinnen?

Graf: Berlin ist eine attraktive Stadt. Wir haben ein tolles Kulturangebot, eine hervorragende Bildungslandschaft und in Sachen Sport viel zu bieten. Genau diese Anziehungskraft müssen wir nutzen. Die Besoldung ist ein wichtiges Thema, aber wir haben nach den Nullrunden unter Rot-Rot mit einer Aufbesserung begonnen, werden die Tarifbeschlüsse der Länder künftig jeweils um 0,5% erhöhen. In den letzten vier Jahren gab es ein Plus von 10%. Darüber hinaus haben wir für die Feuerwehr im Doppelhaushalt Anwärtersonderzuschläge von bis zu 50% beschlossen. Das ist ein guter Anfang. Wir bleiben dran.

DP: Es ist offensichtlich, dass es gerade an Nachwuchs hapert ...

Graf: Das ist genau das Problem. Wir brauchen junge Leute. Wir bekommen sie nur, wenn wir Ausbildungskapazitäten hochfahren und Perspektiven aufbauen. Wir müssen auch darüber nachdenken, ob man über Eingangsämter bestimmte Anreize setzen kann. Es darf nicht sein, dass jemand vierzig Jahre Polizeidienst leistet und nur einmal befördert wird. Ein anderer Schritt ist es, sich bereits im Doppelabitur um die Rekrutierung junger Talente zu bemühen. Hierfür lässt sich das unglaubliche Fachwissen von Pensionären nutzen. Polizist oder Feuerwehrmann zu sein, ist eine Lebensaufgabe, die Erfahrenen könnten das weitergeben.



WIR GRATULIEREN



**Jeder, der sich die Fähigkeit erhält,
Schönes zu erkennen, wird nie alt
werden.**

Franz Kafka (1883–1924)

Jubiläen

25 Jahre

Marion Bock
Marcus Heinrich
Juergen Klima
Marilyn Pirch
Alexander Reetz und
Axel Weih

40 Jahre

Uwe Klann
Horst Michalczyk
Hans-Jürgen Nowak
Gerda Steinke und
Kurt Wappler

50 Jahre

Manfred Abel
Lothar Breese
Wolfgang Hagen
Werner Kubitzka
Eva Lettmann
Claus Marquardt
Wolfgang Schultze
Jürgen Timme und
Kurt Zeggel

60 Jahre

Manfred Dickmann
Edith Klamerek

Fred Kossian
Heinz Rabsch
Ursula Riemer und
Eberhard Wedell

Geburtstage

80 Jahre

Gerhard Brombach, Dir 1
Karl-Heinz Kleeberg, Dir 1
Heinz-Joachim Libutzki, Dir 2
Gisela Klomfaß, Dir 3
Heinz Molkenhuth, Dir 3
Wolfgang Piefke, Dir 3
Horst-Ewald Schuelke, Dir 3
Hubertus Manfred Zachow, Dir 4
Gretel Strohm, Dir 6 und
Hubertus Wisheth, ZSE

85 Jahre

Karl-Heinz Grunwald, Dir 1
Gisela Klann, Dir 3
Gerhard Schulz, Dir 3
Hans-Otto Selke, Dir 3
Christel Steinicke, Dir 4
Berthold Prochnow, Dir 5 und
Gunter Langner, Landesbezirk

90 Jahre

Heinz Pilgrim, Dir 1
Horst Feltn, Dir 5
Fritz Awiszus, ZSE und
Waltraud Krajewsky, ZSE

91 Jahre

Isolde Dicks, Dir 5,
Ruth Junge, Dir 5, und

Manfred Harter, ZSE

92 Jahre

Ingeborg Scharnhorst, ZSE

93 Jahre

Herta Hintze, ZSE

94 Jahre

Rudolf Mager, Dir 3

95 Jahre

Charlotte Grothusen, Dir 1
Leo Grubert, Dir 5, und Rudolf
Lange, Dir 5

96 Jahre

Hildegard Pahnitz, Dir 5, und
Edith Pöppel, Dir 5

Nachrufe

Klaus-Dieter Schulz, 64 Jahre, Dir 2
Horst Zimmermann, 85 Jahre, Dir 3
Günter Butzchen, 75 Jahre, Dir E
Heinz Mruß, 89 Jahre, Dir E
Detlef Otto, 56 Jahre, Dir E
Hans-Dietrich Pütz, 83 Jahre, Dir E
Hubert Weigelt, 78 Jahre, Dir E
Gisela Hanings, 83 Jahre, ZSE
Helmut Wittig, 91 Jahre, ZSE, und
Uwe Dennhof, 50 Jahre, BF

Anzeige

MEDIRENTA
CLASSIC

Damit mehr Zeit fürs Wesentliche bleibt:

Beihilfe leicht gemacht!

Für Beamte im Einsatz: Seit rund 30 Jahren bearbeitet MEDIRENTA Ihre
Krankenkosten-Abrechnungen und führt Sie sicher durch den Abrechnungs-Dschungel.

Mehr Informationen unter Telefon **030 / 27 00 00**

MEDIRENTA Krankenkostenabrechnungs GmbH

www.medirenta.de info@medirenta.de

REDAKTIONSSCHLUSS

Beiträge für die nächste Ausgabe
der Deutschen Polizei im Mai
müssen der Geschäftsstelle bis
spätestens **am 25. März 2016** vor-
liegen.

Kontakt zur Redaktion:

leserbriefe@gdp-berlin.de



VERANSTALTUNGEN

Bezirksgruppen

Dir 5

Dienstag, **5. April 2016**, 16 Uhr, im Restaurant „Im Hufeisen“, Fritz-Reuter-Allee 48, 12359 Berlin.

Dir 6

Donnerstag, **21. April 2016**, 16 Uhr, in der Kantine, Poelchaustraße 1, 12681 Berlin. Interessierte Mitglieder sind herzlich willkommen.

LKA

Dienstag, **12. April 2016**, 15:30 Uhr, im Dienstgebäude Tempelhofer Damm, Raum 5205, Erinnerungen folgen noch per Mail.

Senioren

Dir 1

Montag, **4. April 2016**, ab 13 Uhr, im Ratskeller Reinickendorf, Eichborn-damm 215–239, 13437 Berlin, Seniorenvorsitzender, Werner Faber, Tel.: 0 30/4 03 28 39.

Dir 3

Dienstag, **5. April 2016**, 16 Uhr, im Lokal „FRABEA“, Afrikanische Straße 90/Otawistraße, 13351 Berlin.

Dir 4

Mittwoch, **13. April 2016**, 16 Uhr, im Restaurant „Adria-Grill“, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin.

Dir 5

Dienstag, **5. April 2016**, 14 Uhr, im Restaurant „Im Hufeisen“, Fritz-Reuter-Allee 48, 12359 Berlin.

Dir 6

Tagesseniorenbusfahrt **18. Mai 2016**, nach Warnemünde, Kosten: 40 € pro Person.

Programm: Abfahrt: 7:45 Uhr, Berlin Ostbahnhof, Koppenstraße, mit der MS BALTICA Hafensrundfahrt und Ostsee-Mini-Kreuzfahrt (2 Stunden), anschließend Stadtbummel rund um den „Alten Strom“, Rückfahrt erfolgt gegen 16 Uhr. Informationen und Buchung bis zum **28. April 2016** bei H. Meyer unter 0 30/9 37 40 80 (AB); Einzahlungen auf das Konto der Bezirksgruppe, IBAN: DE04 1009 0900 1128 1326 00, PSD Bank Berlin-Brandenburg BIC: GENODEF1PO1 Verwendungszweck: Warnemünde und Name der Teilnehmer.

Buchlesung am Freitag, **15. April 2016**, um 17 Uhr, im Stadtteilzentrum Biesdorf, Alt-Biesdorf 15, 12683 Berlin.

Kegeln am Dienstag, **19. April 2016**, um 16 Uhr, im Sportcasino des KSC, Wendenschlossstraße 182, 12557 Berlin.

LKA

Dienstag, 5. April 2016, 15 Uhr, im „Gasthaus Koch“, 12203 Berlin-Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Straße 68, 12203 Berlin..

Dienstag, 19. April 2016 zur Führung durch das Feuerwehrmuseum Veitstraße 5, (U-Bhf. Alt-Tegel), 13507 Berlin, Kosten: 3,50 €. Anmeldung wegen begrenzter Teilnehmerzahl erforderlich!

Vorankündigung:

Dienstag, **3. Mai 2016**, 15 Uhr, Versammlung im „Gasthaus Koch“.

Dienstag, **17. Mai 2016**, 8:35 Uhr, Start Hauptbahnhof zum Tagesausflug nach Cottbus (inkl. Stadtfüh-

rung), Rückkehr gegen 18:24 Uhr, Anmeldung erforderlich! Kontakt: Jürgen Heimann, GdP-Phone: 0 15 25/ 6 10 35 27 oder Marianne Fuhrmann, Tel.: 0 30/7 45 13 53.

ZSE

Dienstag, **26. April 2016**, 15 Uhr, im Restaurant „Marjan Grill“, Flensburger Straße/Ecke Bartningallee, 10557 Berlin.

LABO

Mittwoch, **20. April 2016**, 15 Uhr, im Restaurant „Yasmin“, Wilhelmstraße 15–16, 10963 Berlin.



Komm zu unserem Sommerfest!

Wir sehen uns:
4. Juni 2016
 von 14:30 bis 19:00 Uhr
 in der
 „Alten Pumpe“
 Lützowstr. 42
 10785 Berlin

- Eintritt für Mitglieder und deren Familien frei
- Live-Musik
- Politiker-Talk
- Kinderprogramm
- Getränke-Bons für Mitglieder
- Leckerer vom Grill

GdP Gewerkschaft der Polizei · Landesbezirk Berlin
 Telefon: 030 210004-0 · Kurfürstenstraße 112
 10787 Berlin · gdp@gdp-berlin.de

Anzeige

Ästhetische Zahnmedizin • 3D Diagnostik
Implantologie • Wurzelbehandlung
Professionelle Zahnreinigung • Zahnersatz

Tauentzienstraße 1 • Telefon (030) 23 62 34 24 • Öffnungszeiten 8–20 Uhr
www.hauptstadt-zahnaerzte.de



HAUPTSTADTZAHNÄRZTE

Zahnmedizin am KaDeWe



Work-Life-Balance – Möglichkeit einer Auszeit



Yvonne Goersdorf

Foto: GdP

Der Arbeitsalltag wird in der heutigen Zeit immer stressiger, die Anforderungen an die Polizei und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst steigen immer mehr. Dieser Druck auf die Einzelne/den Einzelnen macht sich in allen Ebenen massiv bemerkbar. Wichtig ist daher, sich Auszeiten zu gönnen, um sich zu regenerieren.

Die Möglichkeit zusätzlicher Freizeit

Der Erholungsurlaub, den die meisten, bis auf den Sommerurlaub, in viele kleine Tage aufspalten, ist dafür meist zu kurz. Auch wenn durch Kürzungen und Streichungen heute die zusätzlichen Zahlungen zur Weihnachtszeit nicht mehr ausreichen, um den Sonderurlaub ohne Bezüge bzw. unter Verzicht auf die Fortzahlung des Entgelts völlig aufzufangen, kann sich zumindest jeder überlegen, ob er

nicht doch die Möglichkeit von zusätzlicher Freizeit in Anspruch nehmen möchte.

Bis zu vier Wochen unbezahlter Sonderurlaub

Rechtsgrundlage ist für Beamte § 10 Abs. 1 der Sonderurlaubsverordnung (SUrlVO) und für Beschäftigte – ausgenommen Lehrkräfte – § 28 TV-L. Soweit im Einzelfall dienstliche oder betriebliche Belange nicht entgegenstehen, wird auf Antrag unbezahlter Sonderurlaub von bis zu vier Wochen (28 Kalendertage) im Jahr gewährt. Hierbei besteht die Wahl, ob man nur eine Woche, zwei Wochen, drei Wochen in Anspruch nehmen oder gar die vollen vier Wochen ausschöpfen möchte.

In diesem Sinne „carpe diem“.

Yvonne Goersdorf

Ost vs. West – Keine Einheit bei der VBL

Bereits in der letzten Ausgabe stand das Thema VBL im Fokus. Noch immer wird zwischen „Ost“ und „West“ unterschieden, was anhand verschiedener Unterscheidungen zu erkennen ist.

Alle Altbeschäftigten, die mit einem BAT eingestellt wurden, gehören unabhängig vom Einsatzort dem Tarifrechtskreis West an. Es greift das Umlageverfahren gemäß § 64 Abs. 2 Satz 4 der VBL-Satzung: Für Pflichtversicherungen von Beschäftigten, deren zusätzlicher Entgelt sich nach den Tarifvertragsregelungen für das Tarifgebiet West bemisst, gilt der Umlagesatz nach Satz 1 auch nach dem Wechsel auf einen Arbeitsplatz im Beitrittsgebiet bei demselben Arbeitgeber; Beiträge zum Kapitaldeckungsverfahren im Abrechnungsverband Ost/Beitrag (§ 66 a) sind in diesem Fall nicht zu leisten.

Für alle Altbeschäftigten mit einem BAT-O gilt das Kapitaldeckungsver-

fahren, das Sparen im VBL Tarifrechtskreis Ost, solange sie dort arbeiten. Werden sie auf Arbeitsplätzen des Tarifkreises West eingesetzt, wechseln sie zum Tarifkreis West. Der § 38 TV-L besagt: Sofern auf die Tarifgebiete Ost Bezug genommen wird, gilt Folgendes: a) Die Regelungen für das Tarifgebiet Ost gelten für die Beschäftigten, deren Arbeitsverhältnis in dem in Art. 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet begründet worden ist und bei denen der Bezug des Arbeitsverhältnisses zu diesem Gebiet fortbesteht.

Für Beschäftigte, die nach dem 31. 10. 2010, mit einem TV-L eingestellt wurden, ist der erste Einsatzort entscheidend. Befindet sich dieser im Tarifkreis West, müssen sie wie die Altbeschäftigten, die mit einem BAT eingestellt wurden, behandelt werden. Erfolgt eine erste Einsetzung im Tarifkreis Ost, greift die Variante der Altbeschäftigten mit BAT-O.

Beatrice Hsu

Geschäftsstelle

GdP

Kurfürstenstraße 112
10787 Berlin
Telefon: 0 30/21 00 04-0
Mail: gdp-berlin@gdp-berlin.de
www.gdp.de/Berlin

GdP Service GmbH Berlin

Kurfürstenstraße 112
10787 Berlin
Telefon: 0 30/21 00 04-0
Mail: info@gdp-service.berlin
www.gdp-service.berlin

Bürozeiten

Montag bis Donnerstag
9 bis 15 Uhr
Freitag
9 bis 14 Uhr

